



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 12. März 2013
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 05/13

(Drucksachenband 172)

Drucksachenlisten DL Nrn. 07/13

(Drucksachenband 173)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0013 Tagesordnung

1. Punkt 5 der Tagesordnung wird in der Beratungsfolge vorgezogen.
2. Bedenken werden gegen die Tagesordnung nicht erhoben.

Einstimmig

0014 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 29.01.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

0015 13-F-03-0025

DEMOKRATISCHE TEILHABE FÖRDERN
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.03.2013 -

Frau Stadträtin Zeimetz und Herr Wolf sind zu diesem Thema anwesend.

Nach der Begründung des Antrages durch Stv. Kisseler erklärt Frau Zeimetz, dass die Forderungen im Antrag bereits umgesetzt werden.

Herr Wolf berichtet, dass im Vorfeld die Wahllokale angefragt werden, ob sie überhaupt zur Verfügung stehen. Für die Innenstadt sind 34 Wahllokale vorgesehen, die Ortsverwaltungen kommen für ihren Bereich noch dazu.

Man versucht grundsätzlich, Verlegungen von Wahllokalen zu vermeiden und macht dies nur, wenn es absolut notwendig ist.

Über die Verlegung dann z. B. im Internet und in der Presse informiert. Die Hausmeister werden informiert, die z. B. alle Zugänge öffnen und beschildern sollen.

Die Wahlvorstände sind gehalten, morgens die Beschilderung zu kontrollieren. Es steht ihnen außerdem Material zur Verfügung, um selber beschildern zu können.

Wenn es doch zu einer Verlegung kommen muss, werden Hausmeister und Ortsverwaltungen darüber informiert und gebeten, entsprechende Hinweisschilder aufzuhängen, die auf die Verlegung hinweisen. Für die Zukunft ist geplant, auf den Verlegungsschildern auch die Telefonnummern vom Bürgeramt abzudrucken, damit nachgefragt werden kann.

Im vorliegenden Fall war der Hausmeister der Comeniuschule über die Verlegung informiert. Er hatte dann dem Bürgeramt mitgeteilt, dass er die Verlegungsschilder nicht aufhängen kann, weil ein Bauzaun gestellt worden sei.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Am Eingang der Wahllokale hängt auch jetzt schon ein Hinweis über „wichtige Punkte zur Stimmabgabe“. Punkt 1 des Antrages ist bereits standardmäßig umgesetzt worden.

Stv. Schickel regt an, dass man evtl. die Wahlbenachrichtigungen „lesefreundlicher“ gestalten könnte. Gerade der Ort der Stimmabgabe sei wichtig, den man größer aufdrucken sollte. Er möchte außerdem wissen, ob es technisch aufwändig sei, die Wähler, die das Wahllokal wechseln müssen, schon auf der Wahlbenachrichtigung entsprechend zu informieren.

Herr Wolf teilt mit, dass demnächst keine Karten, sondern nur noch Briefe als Wahlbenachrichtigung verschickt werden. Dadurch kann der Text besser dargestellt werden. Aber insgesamt sei man nicht sonderlich flexibel bei der Gestaltung der Wahlbenachrichtigung. Es handelt sich um einen amtlichen Vordruck, von dem man nur abweichen könnte, wenn die LHW diesen selber druckt. Bei der anstehenden Landtagswahl besteht keinerlei Möglichkeit zum Ändern.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0016 13-F-33-0015

Wegweiser durch die Wiesbadener Integrations-Beratungsangebote
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.02.2013 -

Stv. Schickel begründet den Antrag und teilt mit, dass es zwar sehr viele Angebote gäbe, aber z. B. gerade bei älteren Migranten Ratlosigkeit bei der Vielzahl der einzelnen Projekte herrsche. In 2 Stadtteilen gäbe es eine Broschüre von KIEZ, die einen totalen Überblick für Angebote im Familienbereich gibt. Er geht davon aus, dass zumindest 3 Dezernate (II, V und VI) von diesem Wegweiser betroffen sein dürften.

Stv. Kisseler teilt mit, dass diese tolle Idee mitgetragen werden wird.

Stadträtin Scholz ist grundsätzlich immer offen für alle Arten von Information. Sie gibt aber zu bedenken, dass zu viele Dinge in einer Broschüre die Übersichtlichkeit nicht fördert. Sie will den Antrag gern überdenken. Die Broschüre von KIEZ ist für den hier angedachten Bereich vielleicht nicht unerschwinglich genug. Sie will die beteiligten Dezernate ansprechen. Sicher habe auch nicht jeder einen Internetzugang, aber ein großer Bereich könnte auch über dieses Medium erreicht werden.

Stv. Schickel könnte sich vorstellen, die angedachte Broschüre z. B. bei den Moscheevereinen auszulegen.

Lt. Stv. Apel ist die Broschüre von KIEZ strukturiert und mit Comic-Figuren bebildert, so dass man nicht einmal lesen können muss.

Vors. Spallek bittet Stadträtin Scholz darum, ähnlich wie bei dem Neubürgerpaket, das dem Ausschuss seinerzeit vorgestellt wurde, nach Rücksprache mit den beteiligten Dezernaten dem Ausschuss eine mögliche Broschüre/Zusammenstellung zu präsentieren.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0017 13-F-03-0023

Kontrolle Jugendschutzgesetz - Alkohol
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen 27.02.2013 -

Nach der Begründung durch Stv. Kisseler leitet Frau Stadträtin Zeimetz die Diskussion ein und weist darauf hin, dass es regelmäßige Kontrollen und auch Testkäufe seit November 2010 gäbe. Dabei werden Tankstellen, Kioske und Supermärkte einbezogen. Nach den letzten 3,5 Jahren könne man sagen, dass die Verstöße zurückgehen. Aber der Weg dahin ist mühsam und zeitaufwändig. Beim 1. Verstoß fallen 250 € Bußgeld an, danach wird es richtig teuer, was gerade Kiosken weh tut.

Herr Tischel berichtet, dass der Kontrolldruck dauerhaft steigend aufgebaut wurde. Dass sich erste Wirkungen zeigen, sei kein Zufall. Im Jahr 2010 hatte das Ganze noch Projektcharakter, konnte dann aber etabliert werden.

Fast jeden Monat gibt es Aktionen - die genauen Zahlen werden von Herrn Tischel nachgereicht - so dass man auf c. 150 bis 200 kontrollierte Betriebe im Jahr kommt.

Gerade größere Märkte haben durch die hohe Mitarbeiterzahl einen größeren Schulungsaufwand, aber gerade diese Märkte sind bereit mitzuarbeiten.

Es gäbe auch „Mehrfachtäter“/Wiederholungsfälle, die dann immer wieder kontrolliert werden. Es gibt auch uneinsichtige Betriebe, wo nur eine „Regelung“ über das Bußgeld möglich ist.

Die Trefferquote werde geringer.

Bei jedem Testkauf gibt es ein Rückkoppelungsgespräch, auch wenn der Kauf positiv gelaufen ist. Die Personen sind z. T. richtig stolz, wenn sie gelobt werden, es soll „in“ werden, sich an Regeln zu halten - vielleicht wandelt sich das Klima.

Die Bußgelder sind nach Erstfällen, Besitzer oder Mitarbeiter, Wiederholung usw. gestaffelt (auch dazu werden Zahlen nachgeliefert). Verkäufer müssen das Bußgeld selber zahlen - das schreckt ab, eine Präventivwirkung ist da.

Mit REWE ist eine Abmachung bezüglich der Rückkoppelungsgespräche getroffen worden, die dort auf höherer Ebene stattfinden. REWE schließt auch zu bestimmten Zeiten, wenn z. B. der Hochheimer Markt oder das Kranzplatzfest läuft, um junge Leute davon abzuhalten, sich dort mit Alkoholika einzudecken. Man sei sehr zufrieden über die Einflussmöglichkeiten.

Die Jugendschutzvorschriften geben ganz klare Richtlinien vor. Man habe 2 Gruppen von Testkäufern - die unter 16-Jährigen und die Gruppe zwischen 16 und 18. Es besteht auch großes Interesse von Jugendlichen, als Testkäufer zu fungieren.

Vors. Spallek bedankt sich für den Bericht und bekundet das große Interesse an dem Thema. Er weist auf Kioske hin, die ein sehr unterschiedliches Angebot haben. Manche seien mit sehr viel Alkohol ausgestattet. Wenn in so einem Kiosk 250 € Bußgeld anfallen, wäre das sicher keine wirkliche Strafe. Er möchte daher wissen, wo es neben den Geldbußen auch die Möglichkeit gibt, die Konzession zu entziehen.

Stv. Hoffmann berichtet davon, dass Jugendliche nicht mehr selber einkaufen, sondern Erwachsene dies für sie erledigen und möchte wissen, ob man da aufklären könne.

Außerdem fragt sie nach, ob sich die Testkäufe auf Alkohol und Tabak beschränken.

Frau Zeimetz teilt mit, dass es Kioske gäbe, wo man Zigaretten einzeln kaufen könne. Jugendliche wurden sogar schon von Erwachsenen angesprochen, was sie denn an Alkohol und Tabak haben möchten, man würde das dann für sie besorgen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Im Wiederholungsfall wird es nach den Bußgeldern richtig teuer - das Gewerberecht hat da einige Möglichkeiten.

Auch Stv. Schickel kennt Kiosken mit riesigen Getränkelagern (z. B. am Platz der Deutschen Einheit). Hier seien die Hauptkunden auch oft Jugendliche.

In das Sortiment kann aber nicht eingegriffen werden, aber es seien Prüfmöglichkeiten vorhanden (lt. Herrn Tischel).
Die Testkäufe seine auch keine Einzelmaßnahmen, sondern sind in das HALT-Projekt eingebunden. Man nehme z. B. auch Kontakt zu den Eltern auf. Man dürfe aber auch die Gruppendynamik nicht vergessen. Ältere Jugendliche empfinden es z. B. als uncool, Jüngeren keinen Alkohol zu geben. Ein Restrisiko wird wohl bleiben.

Einstimmig

0018 13-F-03-0024

Warmes Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.02.2013 -

Der Verein soll zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden.

Einstimmig

0019 12-F-03-0148

Aufnahme von Flüchtlingen in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.11.2012 -

Der Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 17.01.2013 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2012 hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0020 Bericht der Dezernentin

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht

Einstimmig

0021 11-F-03-0049

Moscheebau in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -HIER: mündlicher Bericht

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die mündliche Berichterstattung wird für die Sitzung am 14.05.2013 vorgesehen.

Einstimmig

0022 11-F-33-0012

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011
-

Im Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ werden folgende Umbesetzungen
vorgenommen:

Stv. Dr. von Poser BLW Aufnahme in den Sonderausschuss
Stv. Queck CDU wird ersetzt durch Stv. Weck

Einstimmig

0023 13-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X
(Wiesbaden-Naurod/Auringen)

Einstimmig

0024 13-V-30-0002

Vorschlag für die Wahlen dreier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk
Wiesbaden IX (Wiesbaden-Breckenheim/Medenbach/Igstadt)

Einstimmig

0025 Verschiedenes

Die Beratung des Antrages 12-F-33-0018 (Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten) ist für die
Sitzung des Ausschusses am 14.05.2013 vorgesehen.

Der Ausschuss will sich in dieser Sitzung mit einer aktuellen Übersicht der sehr unterschiedlichen
Stellungnahmen der Ortsbeiräte beschäftigen. Im Sommer soll dann eine gemeinsame Sitzung zu
diesem Thema mit dem Ausländerbeirat stattfinden.

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, .04.2013

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba